

## NEU IM GEMEINDERAT



### Ingrid Fischer

CDU-Fraktion

Ingrid Fischer war schon immer in Tübingen und will es auch bleiben. „Weil ich mich hier wohlfühle“, wie sie betont. Sie ist in der Universitätsstadt geboren, aufgewachsen, hat am Wildermuth-Gymnasium Abitur gemacht, dann an der Uni Jura studiert („die Fakultät war sehr gut“), hat ihren Mann Klaus Fischer kennengelernt und vier Kinder bekommen. Eine klassische Hausfrau war sie nie. Ingrid Fischer stieg ins Geschäft ihres Mannes, die Orthopädie-Firma Brillinger, ein und ist noch heute Prokuristin und Mitglied der Geschäftsleitung. Auch politisch war die im Jahr des Grundgesetzes Geborene immer interessiert. Seit mehr als zehn Jahren ist sie Mitglied der CDU, im Vorstand des Stadt- und Kreisverbands sowie der Frauen- und Kreisfrauenunion.

Bei der Kommunalwahl wurde sie mit mehr als 10000 Stimmen auf Platz 9 ihrer Liste gewählt, sodass sie nun als erste in den Gemeinderat nachrückte. Dort will sie sich gewohnt engagiert einmischen: „Ich freue mich, Tübingen mitgestalten zu können.“ Ihr ist wichtig, dass im Gremium Menschen sitzen, die langfristig in Tübingen leben und die Konsequenzen ihres Handelns auch tragen.

Ingrid Fischer den Ausschüssen für Verwaltung sowie Kultur, Bildung und Soziales angehören. Außerdem geht sie in den Aufsichtsrat der GWG und der Wirtschaftsförderung. Zu ihren thematischen Schwerpunkten zählt Ingrid Fischer den Verkehr. Auswärtige müssten die Abneigung gegen Tübingen verlieren. Dazu müsse die Stadt einiges tun. Auch den Handel will die Geschäftsfrau stärken. Gegen den Leerstand vieler Geschäfte müsse etwas getan werden. Dass es am Europaplatz vorangehe, sei gut. Beim Wie will sie genau hinschauen, genauso wie bei der Stadtbahn, die Fischer kritisch sieht. Wichtig ist der sozial denkenden Christdemokratin schließlich die Aufnahme von Flüchtlingen. sg

### Förderverein für Demenz-WG

Tübingen. Elf Tübinger/innen haben „Mitten im Leben – Tübingen“ gegründet, einen Verein zur Förderung von Wohn- und Betreuungsformen für versorgungs-, betreuungs- und pflegebedürftige Menschen. Der Verein ist entstanden aus einer über einjährigen Projektarbeit zur Planung einer selbstverwalteten Wohngemeinschaft auf dem Güterbahnhofareal für demenzerkrankte ältere Männer und Frauen. Das Projekt soll als Teil einer Baugemeinschaft realisiert werden. Der Förderverein will das Projekt in der Planung unterstützen und versteht sich als Anwalt der künftigen Bewohnerinnen und Bewohner. Er verfolgt die fachliche Diskussion um diese neue Wohnform, die es bisher in Baden-Württemberg nur in Pilotprojekten gibt und für die jetzt vom Land rechtliche Grundlagen geschaffen wurden. Der Verein hofft nun, dass bei der Vergabe der Optionen die Bereitschaft der Baugemeinschaft, in ihrem Konzept eine Pflege-WG zu integrieren, ins Gewicht fällt und das Projekt realisiert werden kann. Die Tübinger Nestbau AG will die Finanzierung der WG übernehmen und sie künftig an acht Bewohnerinnen und Bewohner vermieten.

## Kein Christen-Club

Die Bundestagsabgeordnete Cemile Giousouf

Die CDU-Politikerin Cemile Giousouf sprach über ihre Erfahrungen als junge Muslima in Deutschland – und weshalb sie einer christlichen Partei beiträgt.

PHILIPP KOEBNIK

Tübingen. Seit 2013 sitzt Cemile Giousouf für die CDU im Bundestag. Die 37-Jährige ist Integrationsbeauftragte ihrer Fraktion. Ihre Eltern – Angehörige der türkischen Minderheit in Griechenland – kamen als sogenannte Gastarbeiter nach Deutschland, erzählte Giousouf im Gespräch mit dem TAGBLATT. Schon während ihres Studiums politisch aktiv, engagierte sich Giousouf im Deutsch-Türkischen Forum der CDU in Nordrhein-Westfalen.

Doch warum geht eine junge Migrantin gerade zur CDU? Während Religion unter jungen Leuten weiterhin als uncool gelte, sei es dort ganz selbstverständlich gewesen, sich zu seinem Glauben zu bekennen. „Insofern haben die Lebensläufe junger Muslime und junger Christen viel gemeinsam.“ Die Partei habe sie jedenfalls offen und mit Neugier aufgenommen. Die CDU sei schließlich „kein Christen-Club“, betont sie, sondern offen für religiöse wie nichtreligiöse Menschen.

Seit 2008 arbeitete sie als Referentin im nordrhein-westfälischen Inte-

grationsministerium, dort zunächst vor allem befasst mit Frauenpolitik. „Mir ist wichtig, dass Integrationspolitik als Sozialpolitik verstanden wird – und somit als gesamtgesellschaftliches Thema.“ In ihrer Partei habe dieser Prozess länger gedauert als anderswo. Seit 2005 sei allerdings ein Wandel zu beobachten. „Die Kanzlerin hat mit Maria Böhmer zum ersten Mal eine Staatsministerin für Integration berufen.“ Giousouf setzt sich dafür ein, die Diskussion um Zuwanderung und Integration nicht mehr Defizit-orientiert zu führen, sondern die Chancen und Potenziale – „auch für die Wirtschaft“ – ins Auge zu fassen.

Wie sich Vorurteile konkret auswirken, erfuhre Giousouf bereits als Kind am eigenen Leib. An ihrer Grundschule gab es eine Extra-Klasse für Kinder von Migranten. „Obwohl ich den Lesewettbewerb an unserer Schule gewann, musste ich in dieser Sonderklasse bleiben.“ Das sei nicht aus böser Absicht geschehen. „Man wollte Migrantenkinder gewissermaßen schützen, weil man davon ausging, dass ihnen nicht die nötige Unterstützung durch das Elternhaus zuteilwerde.“ Immerhin, so Giousouf, sei die Ausbildung hierzulande in hohem Maße abhängig vom Bildungsgrad der Eltern. „Welchen Bildungsabschluss jemand erreicht, ist keine ethnische, sondern eine soziale Frage“, so die CDU-Politikerin.



„Obwohl ich den Lesewettbewerb an unserer Schule gewann, musste ich in dieser Sonderklasse bleiben.“ Auch die CDU-Bundestagsabgeordnete Cemile Giousouf erlebte in ihrer Kindheit Ausgrenzung. Bild: Metz

## Wo die Grenze verläuft

Teils hitzig wurde am Montag darüber diskutiert, ob der Islam zu Deutschland gehört

Seit Jahrhunderten gehöre der Islam zu Europa, fand ein Teilnehmer einer Podiumsdiskussion im Kupferbau. Reaktionen des Publikums zeigten, dass nicht jeder zwischen Religion und Gewalt zu trennen vermag.

PHILIPP KOEBNIK

Tübingen. Obwohl Muslime schon lange in Deutschland leben (siehe Kasten), wird darüber diskutiert, ob der Islam zu Deutschland gehört. So auch am Montag bei einer Podiumsdiskussion, zu der die CDU Tübingen, ihr Arbeitskreis Migration und Integration sowie der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) eingeladen hatten.

„Pegida macht mir große Sorgen“, sagte Cemile Giousouf, Bundestagsabgeordnete der CDU und Integrationsbeauftragte ihrer Fraktion (siehe „Kein Christen-Club“). Sie könne sich nicht erklären, woher die Angst vor einer angeblich drohenden Islamisierung Deutschlands komme. „Unterm Strich wandern heute mehr türkischstämmige Menschen aus der Bundesrepublik aus als umgekehrt.“ Die meisten Zuwanderer kämen aus europäischen Län-

dern: „Der Großteil der Migranten sind heute Christen – aus Polen, Rumänien, Italien oder Griechenland.“

Giousouf stört sich vor allem daran, dass – nicht zuletzt in den Medien – Terror und Gewalt die Debatte über den Islam und über Migration bestimmen. „Der Alltag der Menschen – also auch all das, was gut funktioniert – findet in der Presse kaum Beachtung“, kritisierte die 37-Jährige. Zugleich wünscht sie sich einen offensiven Umgang der Muslime mit dem Problem des islamistischen Terrorismus: „Es reicht nicht, nur abzuwehren und zu sagen, das habe überhaupt nichts mit dem Islam zu tun.“ Umso wichtiger sei die akademische Auseinandersetzung mit der Religion. Das Tübinger Zent-

rum für Islamische Theologie (ZITH) bezeichnete Giousouf vor diesem Hintergrund als „Meilenstein für die Entwicklung eines Islams deutscher Prägung“.

Andreas Rothfuß, Kanzler der Universität und stellvertretendes Mitglied der EKD-Synode, verwies auf die Gemeinsamkeiten von Christen und Muslimen – etwa der Glaube an einen allmächtigen Schöpfergott. Allerdings gebe es auch Unterschiede, was den Zugang zu Gott betrifft oder die Bedeutung Jesu. Der wissenschaftliche Leiter des ZITH Ruggero Vimercati Sanseverino fasste die Ausgangsfrage weiter und betonte, der Islam gehöre „seit Jahrhunderten zu Europa“. So gebe es seit Langem muslimische Bevölkerungen

beispielsweise auf dem Balkan. „Darüber zu diskutieren, ob der Islam zu Deutschland gehört, ist müßig“, sagte Ertugrul Uysal-Soylu, der Sprecher des Integrationsbeirats der Stadt Tübingen. „Ich bin mit einer katholischen Schwäbin verheiratet.“ Weihnachten oder das Fastenbrechen am Ramadan feiere man jeweils gemeinsam mit der Familie. „Diese Art von Respekt sollte auf die Gesellschaft übertragen werden“, forderte Uysal-Soylu.

Schon bevor Christoph Naser (CDU), der die Runde moderierte, die Diskussion für die rund 80 Besucher öffnete, gab es vereinzelte Zwischenrufe. So sagte ein älterer Mann, er habe „etwas gegen Scharfrichter, die mir den Kopf abhacken wollen“. Und diese seien doch stets Muslime. Beifall fand die Bemerkung eines anderen Besuchers, der Islam habe „ein hohes Gewaltpotenzial“. Vimercati Sanseverino merkte an, der Nährboden für Terrorismus sei vor allem wirtschaftliches Elend. Und Giousouf betonte, dass „die meisten Opfer des Terrorismus Muslime sind“. Es sei unerlässlich zu verstehen, dass „die Grenze nicht zwischen den Religionen verläuft, sondern zwischen den Freunden der Demokratie und ihren Feinden“.

### Juli 1915: Eröffnung der ersten Moschee in Deutschland

Vor hundert Jahren wurde in Wunsdorf bei Berlin die erste deutsche Moschee eröffnet. Jedoch dokumentierte das nicht etwa den multikulturellen Charakter des Deutschen Kaiserreichs. Vielmehr befand sich die Moschee in

einem Lager für muslimische Kriegsgefangene: Araber, Afrikaner und Indier aus der britischen und französischen Armee. Sie sollten zum Überlaufen gebracht werden – auch, indem man ihre Religionsausübung förderte.

Ein Jahrhundert später – und mehr als 50 Jahre nach Beginn der Anwerbung sogenannter Gastarbeiter auch aus islamischen Ländern – wird kontrovers darüber diskutiert, ob der Islam zu Deutschland gehört.

## Will landespolitische Kompetenz nutzen

Bewerber um die Landtagskandidatur der Tübinger FDP (2): Dietmar Schöning

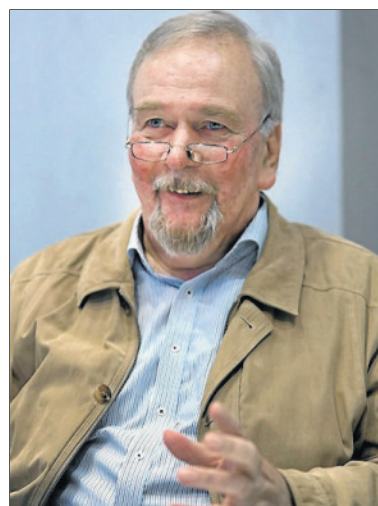
Dietmar Schöning traut sich, für die Tübinger FDP bei der Landtagswahl 2016 ein Mandat zu holen. Er will mit seiner politischen Erfahrung punkten.

RENATE ANGSTMANN-KOCH

Tübingen. Dietmar Schöning war von 1992 bis 1996 FDP-Landtagsabgeordneter. Das war die einzige Unterbrechung seiner Tätigkeit als parlamentarischer Berater im Landtag, die er 1979 aufnahm. Als er das Rentenalter erreichte, bat er um zwei Jahre Verlängerung, reduzierte seine Arbeitszeit aber auf 60 Prozent.

Auch im Ehrenamt ist der 66-jährige Tübinger leidenschaftlicher Politiker: im Kreistag seit 1989, seit 1994 im Gemeinderat. „Ich kann für mich in Anspruch nehmen, umfangreiche landespolitische Kompetenz erworben zu haben. Von den Kandidaten der anderen Parteien schreckt mich keiner“, sagt der stets bescheiden wirkende, gebürtige Kieler eher sachlich als auftrumpfend.

Dietmar Schöning kam zum Politikstudium nach Tübingen. Haushalt und Finanzen sind sein Spezialgebiet – womit er weniger den Um-



Dietmar Schöning, 66. Bild: Metz

gang mit Zahlen meint als den politischen Prozess, der dem Aufstellen eines Haushaltsplans vorausgeht. Denn der Etat ist das landespolitische Buch, in dem festgelegt wird, welche Vorhaben Priorität haben und was hinten ansteht: „Es ist eine entscheidende gesellschaftliche Auseinandersetzung, wie das Geld sinnvoll eingesetzt werden soll.“

Klar, dass in der Landespolitik Bil-

dung und Wissenschaft Vorrang haben. Doch auch da sei eben die Frage, wofür das Geld eingesetzt wird. „Ich habe nichts gegen den Nationalpark, aber ich halte ihn für überflüssig“, sagt er als Beispiel, worauf man hätte verzichten können. Ein weiteres sei die Polizeistrukturreform. Schöning bekennt sich dazu, Anhänger einer nachlaufenden Studiengebühr zu sein. Er möchte auch, dass sich das Land stärker im Bereich Wohnen engagiert – aber nur in den Ballungsräumen, wo der auseinanderdriftende Wohnungsmarkt einen Notstand ausgelöst hat. Und ohne dass andere Zwecke „wie Euforberankung“ mitgefördert werden.

Das Land müsse sich auf 60 000 Flüchtlinge jährlich einstellen und brauche für sie 15 000 Erstaufnahme-Plätze, sagt Schöning. Er lobt Winfried Kretschmann für den Asylkompromiss, der helfe, die Akzeptanz in der Bevölkerung für den Zugang zu erhalten. „Aber es hakt am Verwaltungshandeln des Landes“, kritisiert Dietmar Schöning.

Info Die Nominierungsversammlung der FDP beginnt heute um 20 Uhr im „Casino“ am Neckar. Neben Schöning bewirbt sich Sascha Schmidt.

## Kenan ist gestorben

Viele Leser hatten für den Bosnier gespendet. Vier Jahre nach seiner Leukämie-Behandlung in Tübingen ist Kenan Kremic gestorben. Für die Therapie des freundlichen Bosniers hatte auch das TAGBLATT Geld gesammelt.

Tübingen. Kenan Kremic war an einer besonders aggressiven Form der Leukämie erkrankt, die in der bosnischen Hauptstadt Sarajewo nicht behandelt werden konnte, wohl aber in Tübingen. Der Tübinger Verein Internationale Friedensdienste hatte sich deshalb im Jahr 2010 für den jungen Mann eingesetzt. Der Bosnier war nicht nur in seiner Heimatstadt Zenica sehr beliebt, er hatte auch Verwandte in Tübingen. Dank einer Flugblattaktion und der Aufrufe im TAGBLATT und im SWR kamen in nur sechs Wochen die 146 000 Euro zusammen, die eine Behandlung in der Tübinger Uniklinik kostete.

Die Behandlung hatte bei Kremic zunächst gut angeschlagen. Der Bosnier fühlte sich wieder „pudelnwohl“ und kehrte in seine Heimat zurück. Vor einigen Monaten jedoch verschlechterte sich sein Zustand wieder. Die Nebenwirkungen der Knochenmarkstransplantation machten ihm zu schaffen. Sein Körper bekämpfte die fremden Zellen so heftig, dass ihm auch die Tübinger Ärzte nicht mehr helfen konnten.

Mitte Juni ist der Bosnier im Alter von 38 Jahren gestorben, wie seine Familie jetzt mitteilte. Vor seinem Tod war Kenan noch ein paar Tage daheim in Zenica. Er habe sich ganz wohl gefühlt, sei gut gelaunt und gesellig gewesen. Dann habe er wegen starker Schmerzen wieder in die Klinik müssen und sei dort am selben Tag an einem Herzversagen gestorben. Seine Familie bedankt sich bei allen, die Kenan unterstützt haben. Wer der Familie helfen will, die noch offenen Rechnungen der Tübinger Klinik zu bezahlen, kann sich an die Tübinger Anwaltskanzlei Weidmann und Koll wenden, die ein Sonderkonto für Kenan Kremic betreibt. uja / Archivbild: Sommer



Kenan Kremic

### NOTIZEN

#### Mythos Internet

Tübingen. Um das Internet und einige falsche Vorstellungen darüber geht es am heutigen Mittwoch, 15. Juli, von 17 Uhr an im Stadtteiltreff Waldhäuser Ost. Referent Thomas F. Rudy spricht über Dienste und Inhalte sowie ihre Kosten.

#### Sekretariat geschlossen

Tübingen. Die Sekretariate der Volkshochschule sind am Freitag, 17. Juli, wegen einer betrieblichen Veranstaltung geschlossen. Die Kurse laufen alle wie geplant. Anmeldungen können online vorgenommen werden. Für Auskünfte ist das Sekretariat ab Montag, 20. Juli, 9 Uhr wieder zu erreichen.

#### Obst gemeinsam ernten

Tübingen. Solidarisch-kooperative Streuobstwirtschaft auf Waldhäuser Ost ist das Thema im Stadtteiltreff am Freitag, 17. Juli, von 19 Uhr an. Hermann Kley stellt das Projekt „Solawi“ vor, das ungenutzte Obstbäume gemeinsam aberntet und die Ernte verarbeitet. Es gibt auch ein Buffet zum Probieren.

#### Café international

Tübingen. Flüchtlinge und Bewohner/innen der Nordstadt können sich am Samstag, 18. Juli, von 15 Uhr an im Café international begegnen. Das Gespräch bei Kaffee, Tee, kalten Getränken und Kuchen ist im Stadtteiltreff Waldhäuser Ost.

#### Gottesdienst am See

Hirschau. Am Sonntag, 19. Juli, lädt die evangelische Kirchengemeinde Hirschau zu einem Gottesdienst im Grünen mit der Gemeinde Kilchberg/Bühl am Hirschauer Baggersee auf der Halbinsel am Nordufer. Der Gottesdienst beginnt um 10.15 Uhr und wird von Pfarrerin Karoline Rittberger-Klas und Pfarrer Burkhard Bartel aus Kilchberg gemeinsam gehalten.